

Die Ereignisse in Rußland.

Umweltfremder Bemühung bei Russland-Ergebnissen.

Eigentlichen Neutralitäts?

"Rovaja Sots" veröffentlicht eine Unterredung mit einem Mitglied der Moskauer Regierung, in der es heißt: Die Sowjetregierung erlöst betroffene Stunden. Es ist nicht gelungen, den Befehl der Tschecho-Slowaken aufzuheben. Die Regierung wünscht eine streng juristische Neutralität einzuhalten, die sie aber unter den gegenwärtigen verwickelten Umständen unvermeidlich in einen offenen Konflikt mit ihren feindlichen Verbündeten hineintritt. Die Rüttigkeit der Tschecho-Slowaken, die von der Ukraine unterstützt werden, gibt Deutschland eine Gelegenheit, der Sowjetregierung, die nach der Abrechnung der deutschen Obersten Heeresleitung, trotz ihrer aufrechten Wünsche, mit dem Kriegsstande nicht fertig werden kann, seine Dienste anzubieten.

Deutschland das kleinere Nebel.

Das Moskauer Regierungsorgan des bolschewistischen Partei veröffentlicht den Text einer Rede, die Trotski dieser Tage auf einer Versammlung gehalten hat. Bei der Gelegenheit erklärte Trotski, es gäbe für Großrußland keinen Unterschied zwischen einem deutschen Einmarsch oder einem freundlichen Einfalls der ehemals verbündeten Armeen: "Wenn Russland, sei es auch nur für bestimmte Zeit, vor der Notwendigkeit stände, zwischen japanischer oder deutscher Besetzung zu wählen, so müsse man anerkennen, daß Japan nicht die geringere, sondern die größere Gefahr für das russische Volk wäre, da wir unvergleichlich weniger Grund haben, tiefgreifende innere Veränderungen mit Japan als mit Deutschland zu erwarten."

Vom Baron.

Das Pariser "Journal" meldet: Die Vorstädte von Jelaterinenburg sind von den Tschecho-Slowaken besetzt. Der Bar wurde in Jelaterinenburg nicht mehr vorgefunden. Ein von dem neuernannten Metropoliten Antonius in der Kiewer Sophienkathedrale angelegter Trauergottesdienst für den Exkaren wurde durch einen Pötzgottesdienst ersetzt, da sich die Nachricht von der Ermordung des Baren bisher nicht bestätigt hat.

Der Rat der Kommissare der Petersburger Arbeitsschule hat beschlossen, daß Gebäude des Winterpalastes, der ehemaligen Barrenzeitung, häufig zur Veranstaltung von Käufletern und ähnlichen Feste des Volkes zu benutzen.

Wie gemeldet wird, sind Mitglieder der Barrenfamilie in England angelommen. Sie befinden sich an Bord eines englischen Schiffes, das vor einigen Tagen in Kopenhagen eintraf.

England und Holland.

Neue Vergewaltigung Hollands.

Die holländische Regierung veröffentlicht eine Erklärung über den bekannten Geleitzug nach Indien. England stellt sich auf den Standpunkt, daß es ein Rechte nicht anerkennt, aber nicht geneigt sei, als Beweis, wie freundlich England Holland gegenüber gestellt sei, unter bestimmten Bedingungen der Ausfahrt des Konvoys keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen, nachdem nun einmal die holländische Regierung die Absicht zur Abwendung des Geleitzuges öffentlich angekündigt habe. Am 18. Juni aber erklärte der britische Gesandte im Namen seiner Regierung, daß, obwohl man es so verstanden habe, daß keinerlei Waren deutscher Herkunft herausgebracht werden sollten, an Bord der "Hoorn" Farbstoffe deutscher Herkunft anwesend wären. Die britische Regierung erklärte dazu, daß gegen den Transport dieser Farbstoffe nur dann keine Bedenken bestehen würden, falls sie sich überzeugt hätte, daß diese Farbstoffe nicht von Holland aus an andere Ländern bezogen werden könnten, die sich nicht mit Großbritannien im Kriege befinden. Diese Note des britischen Gesandten wurde dahin beantwortet, daß die Farbstoffe nicht ohne weiteres als Waren feindlicher Herkunft betrachtet werden könnten, da diese Farbstoffe schon seit längerer Zeit laut einem besonderen Abkommen zwischen England und Holland unbefeuert nach Indien geschickt werden können, falls sie an die indische Regierung abgesetzt sind und von dieser verteilt werden. Eine Übereinkunft konnte nicht erzielt werden, so daß die Farbstoffe jetzt aus dem Schiff gelöscht werden und danach die Abfahrt des Geleitzuges stattfinden wird.

Und das lädt sich Holland widerspruchlos gefallen!

Ein neuer Konflikt.

Die "Neuen Berliner Nachrichten" melden aus dem Haag: Zwischen England und Holland droht wegen der deutschen Kriegs- und Sandbeförderung auf den limburgischen Bahnen ein neuer Streit auszubrechen. Die britische Regierung fordert das Recht, diese Durchführung durch einen englischen Kommissar kontrollieren zu lassen, was Holland nicht zugestehen will. Es findet darüber ein Depeschenschwätz zwischen London und dem Haag statt.

Stetne politische Bewegungen.

Das Reichstagssitz Wiener Besuch. Nach dem Termin einer Wiener Reise des Reichstags nicht sozialistisch, wie die "Mord. Willg. Stg." hört, nichts fest.

In der österreichischen Presse war mitgeteilt worden, daß Staatssekretär Dr. Rühlmann der Eröffnung der Salzburger Verhandlungen über das Bündnis mit Österreich beobachten werde. Demgegenüber hört die "Mord. Stg.", daß Herr Dr. Rühlmann in den nächsten Tagen in Berlin und Südmähren ist.

Der Gefannte der Ukraine in Berlin. Der neuernannte ukrainische Gefannte Baron Steinhardt ist mit dem Gesandtschaftspersonal nach Berlin abgereist. Lubendorff und die innere Politik. Wie die "Röhr. Postzeitung" berichtet, hat General Lubendorff einem bekannten Reichstagsabgeordneten, der sich längst mit einer Anfrage an ihn wandte, folgende Antwort gegeben: "Sie wissen, daß ich nur an den Erfolg des Krieges denke, und daß ich mich über innerpolitische Fragen, so sehr sie mich auch bewegen, der Reichsregierung gegenüber nur dann ausspreche, wenn sie meines Glaubens nur den Erfolg bestreben. Mein Name und mein Ruf wird dadurch bestimmt.

Der Seismograph in Gießen begibt sich in Begleitung der Weis des Ministers nach Düsseldorf und Überquerung des Rheins bei Gießen zum Kommandoszenen der österreichisch-ungarischen Armee.

Der Unterstützen-Kunstausstellung. Die "Strasburger Post" meldet, daß vor einigen Tagen in Rommel zwei Tage mit 300 guckt in der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen entstehen, worunter sich an gleich bei Schiebegang von den Spaniern verschleppten Gießen-Brüder aus den alpenländischen Grenzen befinden.

"Los von Berlin". Am Anschluß an die Hauptversammlung der deutsch-schwäbischen Vereinigung fand in Südbad ein offener Markt, bei dem Paul Hindemith, Albin, in den Hamburger Kurs eintraten. "Los von Berlin!", "Los von der konsolidierten Kriegsverbündet", "Freies Sachsen dem freien Handel!"

Das politische Heeresgesetz. Der Entwurf des politischen Heeresgesetzes, welcher dem Staatsrat vorliegt, sieht aktiven Heeresdienst und Hilfsdienst vor. Der Dienst istpflicht beginnt mit dem 18. und endet mit dem 50. Lebensjahr. Der Dienst im lebenden Heer ist freiwillig, jedoch Pflicht, während der Mittelschulen oder solche, die mindestens sechs Jahren mit Erfolg besuchten, können einjährig freiwillig dienen. Der Staatsrat oder Landtag legt das Jahr entsprechend fest. Was den Übergangsvoorbereitungen ist erwähnt, daß der Dienst in den polnischen Regionen oder anderen polnischen Kreppellen während dieses Krieges als Heeresdienst gilt. Die Dienstzeit im russischen Heer wird angerechnet. Russische Reserveoffiziere können nach entsprechender ergänzender Ausbildung übernommen werden.

Wilson will den Mittelmächten antworten. Die Bonner "Times" meldet: Wilson wird am 4. eine öffentliche Rede halten die Antwort auf die Berliner und Wiener Ausschreibungen, die der Präsident als ungeeignet zu Friedenssäulen Amerikas erachtet.

Der König von Griechen spricht... Minister meldet aus Simla: Der englische König George V. habe in einer Rede betont, daß England seine Waffen nur auf Grund eigener Siegesbedingungen niederlegen dürfe. Eine deutsche Verschöhnung habe die Deutschen möglich selbst davon erinnert, daß England aus seinen großen Kriegen nie Sieges hervorgegangen sei. Die junge Generation, so schloß George V., habe die Würde, den alten Überlebensregeln nicht unterzuwerfen zu werden.

Die deutsche Ernährungshilfe für Österreich. Der "Neue Freie Presse" wird aus Berlin gemeldet, daß im deutschen Großen Hauptquartier Konferenzen über die deutsche Hilfe zur Ernährung der österreichisch-ungarischen Armeen stattfanden, bis zu einem befreibenden Abschluß führen.

Von Stadt und Land.

Am 2. Juli,

Kriegsabschaffung. Der Soldat Richard Lubke in der Mittelstraße 18, erhält die Friedrich-August-Medaille in Bronze.

Hauptversammlung des Spar- und Kreditvereins. Auf die morgen Mittwoch Abend 1/8 im Kaffee Carolathattindende Hauptversammlung des Spar- und Kreditvereins ist hierdurch hingewiesen.

Der Besuch der Militärschule in der Gewerbeschule. Wie wir schon gestern kurz berichtet haben, fanden nach der am Sonntag abgehaltenen Bezirksversammlung des Bundesbezirks Schwarzenberg des Sächsischen Militärschulverbundes in der hiesigen Gewerbeschule auf 1/8 vorige Woche statt. Der Besuch der Militärschulmitglieder war sehr zahlreich. Es fanden sich dazu auch die Herren Stadtrat Schubert, Betriebs-Direktor Georgi und Bezirkskommandeur, Oberstleutnant Freiherr von Uslar-Gleichen ein. Gewerbeschuldirektor Ingenieur Bang hielt einen kurzen Vortrag über das Thema: "Die Schule und der Krieg". Sodann wurden Kriegsfilme, ernste und heiteren Inhalts vorgeführt. Die Darbietungen wurden mit dankbarem Beifall aufgenommen.

Kleiderabgabe. Amtlich wird geschrieben: Vielfach besteht die Meinung, daß die Sammlung getragener Männerkleidung bereits abgeschlossen sei. Dem gegenüber wird darauf hingewiesen, daß aufgrund Anordnung der Reichskleiderabgabestelle die Sammlung noch bis zum 15. Juli fortzuführen ist. Wird bis dahin die erforderliche Anzahl von Angligen nicht aufgebracht, so sind härtere Maßnahmen der Reichskleiderabgabestelle zu erwarten. Im Bezirk Schwarzenberg sind bisher schon über 1000 Angligen, also etwa die Hälfte des vorgeschriebenen Solls, aufgebracht. Es wäre bedauerlich, wenn trotz dieses großen Opfermutes weitere Kreise der Bevölkerung zur Wohnungserneuerung geschritten werden müßten. Die gezählten Preise sind gute. Am 3. Juli kann man mittags nehmen die Ankaufsstellen in Kue, Görlitz, Johanngeorgenstadt, Bautzen, Löbau, Schneeberg, Schönheide und Schwarzenberg wiederum Kleidungsstücke gegen sofortige Bezahlung an. Alle Ankaufsstellen sind aber auch sonst tagsüber zur Unnahme der Kleidungsstücke geöffnet. Wer den Weg zur Ankaufsstelle scheut oder nicht in der Lage ist, die Ankaufsstelle aufzufinden, kann die Kleider bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes abliefern, die alles weitere veranlaßt.

Gegen die Verwahrlosung der Jugend. Wie verlautet, ist ein Jugendfürsorgegesetz in Vorbereitung begriffen, in dem es sich in erster Linie um vorbeugende Maßnahmen gegen die infolge des Krieges fortschreitende Verwahrlosung der Jugend handeln wird. Den einzelnen Staaten soll der weitere Ausbau des Gesetzes, lokalen Bedürfnissen entsprechend, überlassen bleiben. Die Gemeinden werden vermutlich angehalten werden, Jugendämter einzurichten, die in Gemeinschaft mit den bisher schon bestehenden Vereinen, die sich mit der Jugendfürsorge befassen, weiter sollen. Durch Belehrung, gemeinsam mit der Pflichtfortbildungsschule, hofft man, günstigere Erfolge zu erzielen, als durch Strafrechtsbestimmungen. — Die Umtagsmannschaft überwacht. Es hat angeordnet, daß es jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren verboten ist, sich nach 9 Uhr auf den Straßen zwecklos umherzutreiben oder die öffentliche Ordnung durch Unordnen und unangebrachtes Gedaben zu belästigen; Jugendlichen Personen unter 17 Jahren ist das Tabakrauchen in jeder Form verboten. Weiter wird die Vermehrung von Kindern zu öffentlichen Vorstellungen und Konzerten

im allgemeinen verboten. Fortbildungsschulpflichtigen ist, wenn sie nicht in Begleitung ihrer Eltern, Lehrer, Arbeitsherren oder sonstiger Erziehungspflichtiger sind, der Besuch von Schankstätten nur in solchen Orten, die mindestens 80 km von ihrem Wohnort entfernt sind, nur bis abends 8 Uhr und nur auf die zur Belebung ihrer Nahrungsbedürfnisse erforderliche Zeit gestattet. Kinder und jugendliche Personen unter 17 Jahren, insbesondere Real-, Handels-, Gewerbes-, Kunst-, Fortbildungsschüler und Schülerinnen, dürfen, auch wenn sie sich in Begleitung Erwachsener befinden, nur solche kinematographische Vorstellungen besuchen, die als Jugendvorstellungen veranstaltet werden.

Keine Aufhebung des Tanzverbotes. Einer Meldung aus Leipzig zufolge soll der Vorsitzende des Vereins der Saal- und Konzertlokalinhaber Leipzigs die bemächtigte Aufhebung des Tanzverbotes angekündigt haben. Wie dazu das sächsische Ministerium des Innern mitteilt, liegt gegenwärtig über die Aufhebung des Tanzverbotes keine neue Entscheidung vor. In verschiedenen Anregungen aus Kreisen der Gastronomen, die Tanzverbote aufzuheben oder zu mildern, hat es natürlich nicht gefehlt. Die zuständigen Stellen stehen aber auf dem Standpunkt, daß gegenwärtig kein hinreichender Urteil vorliegt, von ihm früheren Beschluß, das Verbot in vollem Umfang aufrecht zu erhalten, irgendwie abzugehen. Die Bestrebungen der Tanzwirte dürften demnach keine Aussicht auf Erfolg haben.

Die Portofreiheit der Fürsten. Der Hauptausschuß des Reichstages begann am Montag die zweite Lesung der Steuervorlage bei dem Entwurf auf Änderung der Post- und Telegraphengebühren. Der Staatssekretär des Reichspostamtes Rudolf sprach sich gegen den in der ersten Lesung eingeführten § 2 a über die Portofreiheit der Fürsten aus. Er erklärte, daß die Fürsten mit einer erheblichen Einschränkung ihrer Portofreiheit einverstanden wären. Auch soll die Freiheit wegfallen für alle Sendungen an die Fürsten und für den Paketverkehr. Nur etwa die Hälfte der bestehenden Portofreiheit soll in Geltung bleiben. Der fürsichtige Fernsprechverkehr wird ebenfalls gebührenpflichtig und die Freiheit des Telegraphenverkehrs wird eingeschränkt. Eine völlige Aufhebung der Portofreiheit der Fürsten würde unter diesen Umständen nicht gerechtfertigt sein. In der Abstimmung wurde § 2 a, der die vollständige Aufhebung der Portofreiheit der Fürsten forderte, gestrichen.

Klaviers nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs. Der Verband Deutscher Klavierhändler hat sich in der Frage betr. Kriegswuchers mit Klavieren mit einer Eingabe an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes gewendet, in der u. a. gesagt wird: "Man wird Klaviere weber schlecht hin als Luxusgegenstände im Sinne des Steuerauturfs der Regierung noch als Gegenstände des täglichen Bedarfs im Sinne der Preissteigerungs-Verordnung des Kriegsernährungsamtes ansprechen können. Vielmehr darf das Klavier als der Erhaltung und Verbreitung deutscher Kulturdienstes deutsches Lehr- und Bildungsmittel einerseits, wie durch seine Eigenart als Kunsterzeugnis andererseits einen Platz zwischen den Kategorieen beanspruchen. Nun und nimmer aber wird man z. B. einen Flügel der ersten deutschen Fabriken, wie Bechstein, Ullmann usw., den Gegenständen des täglichen Bedarfs einreihen können!"

Nachforschungen nach vermehrten deutschen Heeresangehörigen in Rumänien. Nachdem der Rücktransport der in rumänische Gefangenshaft geratenen deutschen Heeresangehörigen nunmehr nahezu als durchgeführt erachtet werden kann, soll eine Sonder-Nachforschung nach denjenigen eingeleitet werden, die aus der Gefangenenschaft geschrieben haben oder gemeldet worden sind, aber deren Schicksal aber keine weiteren Nachrichten vorliegen. Zu diesem Zweck ergibt hiermit an alle Angehörigen von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die in rumänischen Kriegsgefangenschaft geraten sind, das Erwachen, die Namen solcher Vermißter an die nächstgelegene Auskunfts-, Ort-, oder Hilfsstelle vom Roten Kreuz bekanntzugeben und zwar unter Vorlegung einer handschriftlichen Mitteilung der betreffenden aus der Gefangenenschaft oder einer sonstigen Unterlage, aus welcher einwandfrei festgestellt werden kann, daß der Vermißte tatsächlich in rumänischer Gefangenenschaft war. Neben dieser Sonder-Nachforschung werden selbstverständlich die Vermittlungen fortgesetzt, über diejenigen Aufklärung zu verschaffen, welche an der rumänischen Front als vermisst gemeldet sind und über die überhaupt bisher keine Melbungen vorliegen.

(G. K.) Erleichterungen für russische Kriegsgefangene. Der Friede mit Rußland bringt es mit sich, daß von jetzt an den kriegsgefangenen Russen verschiedene Erleichterungen ihrer Lage zuteil werden. Soldaten auf Arbeitskommandos ohne Bewachung befindliche Gefangene sich künftig nach der Arbeit im Dorfbereich frei bewegen und mit anderen russischen Gefangenen dasselbst in Verkehr treten. Für Kommandos mit militärischer Bewachung sind Spaziergänge in Begleitung nachgelassen. Weitere Offiziere dürfen in kleinen Gruppen und einzeln ohne deutsche Begleitung außerhalb des Gefangenengelagers spazieren gehen. Selbstverständlich bleiben trotz dieser Erleichterungen die russischen Gefangenen nach wie vor Kriegsgefangene und unterliegen den sonst für solche bestehenden Bestimmungen. Insbesondere ist ihnen auch weiterhin der Verkehr mit der deutschen Bevölkerung und das Einkehren in Schankwirtschaften und Läden untersagt. Es ergibt daher an alle die Aufklärung, jeden Verkehr mit den gefangenen Russen zu melden, vor allem werden die Eltern und Vormünder gebeten, auf ihre Kinder acht zu geben und sie eingehend zu unterweisen, sich nicht zur Vermittlung von Einkäufen oder Besorgungen anderer Art von den Kriegsgefangenen benutzen zu lassen.

Eine neue Schnellzugverbindung zwischen Sachsen und Hamburg. Der Hamburger Senat hat dem Sächs. Ministerium des Innern mitgeteilt, daß ihm neuerdings aus dem Königreich Sachsen mehrfach Unregelmäßigkeiten zugegangen seien, die eine Verbesserung der Eisenbahnverbindungen zwischen Sachsen und Hamburg erstreben. Es ist dabei betont worden, daß der Weg von Sachsen über Hamburg viele Unzuträglichkeiten und Unterbrechungen mit sich bringe, so daß eine kürzere Verbindung mit Hamburg über Leipzig angestrebt

werden mögl.

mit Dresden

südl. Industrie-

zum Balkan

Zuggruppe

Dresden ver-

möglichkeit

punkte ver-

sehen werden

Wirtschaftlich

betreffenden

und Holla

Wagen über

Th. Me

Nich. R

holt als wo

L. Kla

nen Kreis

Alte histori

verlieben wi

Schwar

meider: E

unse re M

den eis chlie

Marvin S

born 1878

schule, dann

dann in Ber

besten Unive

Ansiedlung

lebt in Sch

Ministerium

schule berat

nun der d

erbauten Ma

den ihm an

zugelegt un